

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen vierteljährlich 1 Thlr. 5 Sgr.

Redaktion, Verlag und Druck
von N. Grafmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

N. 144

Abendblatt. Dienstag, den 26. März.

1867.

Deutschland.

Berlin, 25. März. Durch die erfolgte Veröffentlichung des zwischen Preußen und Württemberg abgeschlossenen Vertrages sind die Gerüchte über angebliche störende Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten am besten widerlegt worden. Die spätere Veröffentlichung dieses Vertrages ist nur dem Umstand zuzuschreiben, daß das gegenseitige Einverständnis über die gleichzeitig vorzunehmende Publikation durch unbedeutende Umstände etwas verzögert worden war. Daß Württemberg den Gedanken hätte haben können, sich von dem Bündnis der deutschen Staaten allein auszuschließen, war ja auf keinen Fall anzunehmen. — Für die, den Verwundeten und Kranken der Armee in so ausgedehntem Maße erzeigten Liebeswerke ist, wie die Verzeichnisse lehren, bei Gelegenheit des Geburtstages Sr. Majestät durch Verleihung von Orden die Anerkennung des Königs so weit als irgend möglich ausgesprochen worden. Bei der Vertheilung haben aber, wie man hört, immer noch viele Vorschläge der Behörden nicht berücksichtigt werden können, weil, je weiter die Grenze gesteckt worden wäre, die Zahl der verdienstermaßen zu Dekorirenden in's Unübersehbare gewachsen sein würde. So wird sich daher manches wesentliche Verdienst immer noch übergangen sehen und mit dem Bewußtsein des guten Werkes trösten müssen. Es soll auch, um die Anerkennung in noch größerer Ausdehnung verleihen zu können, die Stiftung einer Denkmünze in Vorschlag gewesen sein, aber die Schwierigkeit der gerechten Vertheilung in noch größerem Umfange soll von der Ausführung abgehalten haben. — Am Abend des Geburtstages des Königs fand große Illumination statt; für den k. k. österreichischen Gesandten hat diese Illumination ein unangenehmes für Unbetheiligte aber spaßhaftes Mißverständnis veranlaßt. Am Hotel des Gesandten prangte nämlich auch unter kunstvoller Beleuchtung mit großer Schrift ein: „Heil Dir im Siegerkranz!“ Diese vermeintliche herzliche Theilnahme des österreichischen Gesandten für den Sieger von Königgrätz wurde nicht allein hier bewundert, sondern auch nach Wien berichtet und erregte dort großen Unwillen; man fand das hingebende Vergessen dort nicht mit dem Patriotismus eines Gesandten des Besiegten vereinbar. Nun hat sich aber herausgestellt, daß das im Lichtmeer glänzende „Heil dir im Siegerkranz“ nicht von dem österreichischen Gesandten, sondern von dem patriotischen Eigentümer und Mitbewohner des Hotels Freiherrn v. Romberg veranstaltet war.

Im „Pfälzer Courier“ und nach diesem auch im „Niederrhein. Courier“ und im „Journ. des Debats“ ist wieder einmal das Gerücht von kolossalen Rüstungen Preußens auf die Tages-Ordnung gesetzt worden. Namentlich sollten in Mainz große Massen von Zündnadelgewehren, Geschützen und Munition bereit liegen. Eine angebliche Abgabe von 6000 Zündnadelgewehren an Baden sollte a. B. unter dem großen Vorrath eine kaum bemerkliche Lücke gezeigt haben u. s. w. Es versteht sich wohl von selbst, daß Preußen bei der großen Erweiterung der Heereseinrichtungen in neuerer Zeit auch bezüglich der Ausrüstung Schritt halten muß, und das vortrefflich bewährte Prinzip steter möglichster Schlagfertigkeit, nachdem es gute Früchte getragen, nicht minder aufgeben wird. Daß aber Mainz gerade zu einem Hauptdepot gewählt werden würde, ist nicht anzunehmen, und aus dieser wenig Verlässlichkeit ist schon auf die Unzuverlässigkeit der Quelle zu schließen. — Die zwischen den Monarchen und Regierungen von Preußen und Frankreich wie auch zwischen hier und Wien bestehenden freundlichen Beziehungen haben ja Bestätigungen genug selbst in den letzten Tagen erhalten, als daß man nöthig hätte, allen solchen Allarmgerüchten entgegenzutreten. Der „Constitutionnel“ spricht auch seine Befriedigung aus über das Entgegenkommen preussischer offizieller und konservativer Blätter gegen Oesterreich, wodurch der allgemeine Frieden immer mehr befestigt werde. — Daß Landrath v. Wurm bereits zum Polizei-Präsidenten von Berlin designirt sei, bestätigt sich nicht, wenn er auch unter den ersten Kandidaten mit genannt wird. In diesen Tagen war noch nicht einmal die Ernennung des Herrn v. Bernuth zum Präsidenten in Köln vollzogen; vorher dürfte aber wohl schwerlich der Nachfolger ernannt werden.

Berlin, 25. März. (N. Pr. Z.) In einer der letzten Reichstags-Sitzungen sind verschiedene Ansichten über die Rechte laut geworden, welche der Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich den französischen Staatsangehörigen in Beziehung auf die Niederlassung, den Gewerbebetrieb u. s. w. in den Zollvereinsstaaten einräumt. Es wurde behauptet, die französischen Staatsangehörigen seien nach diesem Vertrage unbedingt zur Niederlassung und zum Gewerbebetriebe in jedem Zollvereinsstaate berechtigt und denjenigen Beschränkungen nicht unterworfen, welche für die Angehörigen anderer Zollvereinsstaaten, ja selbst für die eigenen Angehörigen des einzelnen Zollvereinsstaates beständen. Es wurde dies Verhältniß als ein für das nationale Ehrgefühl verletzendes bezeichnet. Von anderer Seite ist gegen die Richtigkeit dieser Angaben Zweifel erhoben und behauptet worden, daß die französischen Untertanen, wenn sie sich in einem deutschen Staate niederlassen und Gewerbe betreiben wollen, denselben Beschränkungen unterliegen und dieselben Bedingungen erfüllen müssen wie die Angehörigen des betreffenden Staates oder eines anderen Staates. So ist es wohl angemessen, die betreffenden Vertragsbestimmungen selbst hier wörtlich folgen zu lassen. Artikel 45 des zwischen dem Zollverein und Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrages lautet: „Die Untertanen der Hohen vertragenden Theile können gegenseitig in jedem Theile der beiderseitigen Gebiete ungehindert eintreten, reisen oder sich aufhalten, um daselbst ihre Geschäfte wahrzunehmen, und genießen hierbei für ihre Person und ihr Vermögen denselben Schutz und dieselbe Sicherheit, wie die Inländer. Sie sind befugt, in den Städten und Häfen die benötigten Häuser, Waaren-

lager, Läden und Grundstücke zu mietzen oder zu besitzen, ohne deshalb andern allgemeinen oder örtlichen Abgaben, Auslagen oder Verpflichtungen, von welcher Art sie sein mögen, zu unterliegen, als denjenigen, welche den Inländern aufgelegt sind oder künftig aufgelegt werden möchten. Desgleichen sollen sie in Bezug auf Handel und Gewerbe aller Vorrechte, Befreiungen und sonstigen Begünstigungen irgend welcher Art sich erfreuen, welche die Inländer jetzt oder künftig genießen. Es versteht sich jedoch, daß durch die vorstehenden Verabredungen den besonderen Gesetzen, Verordnungen und Reglements kein Eintrag geschieht, welche in Bezug auf Handel, Gewerbe und Polizei in dem Gebiete jedes vertragenden Staates bestehen und auf die Untertanen aller anderen Staaten Anwendung finden. In dieser Hinsicht sollen die gegenseitigen Untertanen gleich denjenigen des meistbegünstigten Staates behandelt werden.“

Hierzu ist in dem Protokolle d. d. Berlin, 14. Decbr. 1864 unter Ziffer 6 noch Folgendes vereinbart: „Unter den im letzten Article des Art. 25 vorbehaltenen Gesetzen, Verordnungen und Reglements sind auch die in jedem Zollvereinsstaate über die Niederlassung von Ausländern bestehenden Gesetze u. s. w. zu begreifen, so daß namentlich, falls in einem Zollvereinsstaate die Zulassung von Ausländern zum ständigen Gewerbebetriebe an die Bedingung der Aufnahme in den Staatsverband geknüpft ist, Frankreich für seine Untertanen auf Grund des Artikels 25 keine Befreiung von den desfallsigen Vorschriften, so lange dieselben noch allen anderen Staaten gegenüber gelten, beanspruchen kann.“ Aus diesen Vertragsbestimmungen, denken wir, ergibt sich unzweifelhaft, welcher Ansicht zur Sache die richtige ist.

Bei Gelegenheit der Geburtstags-Gratulation hat Se. Maj. der König, wie das „N. A. B.“ berichtet, auch dem Königl. Staatsministerium in tiefempfindenen Worten seinen Dank für die Mitwirkung, die die Minister ihm haben zu Theil werden lassen, ausgedrückt. Se. Majestät äußerte sich dann dahin, daß die preussischen Waffen den deutschen Boden durchgeplügt hätten, daß es nun aber darauf ankomme, in dem zubereiteten Lande zu säen und zu ernten. Das sei seine Aufgabe für die Jahre, die Gott ihm noch verleihen werde, zur Lösung der selben bedürfe er aber der ferneren kräftigen Unterstützung der Minister; auf die er rechne.

Die „Rheinische Zeitung“, das offizielle Organ des von ihr noch immer „Herzog“ genannten Augustenburger, bringt die für die Gläubiger dieses Herren nachstehend erbaulichen Mittheilungen. „Herzog Friedrich“ denkt an Rückzahlung der von ihm in seiner Eigenschaft als Prätendent gemachten Schulden, aber natürlich nur entsprechend den aus dieser Anleihe noch vorhandenen Mitteln. Der „Herzog“ hat nun geruht, sich vom Professor Navit in Kiel, Kaufmann Lorenzen in Altona und Anderen auf die Rückzahlung bezügliche Vorschläge machen zu lassen; und der Augustenburgerische Korrespondent berichtet nun wörtlich Folgendes: In diesen Vorschlägen ist darauf hingewiesen, daß eine Rückzahlung oder Bezahlung der seiner Zeit von der preussischen Regierung weggenommenen, von der Anleihe bezahlten und für die zu schaffende schleswig-holsteinische Armee bestimmten Militärgegenstände u. s. w. nothwendig sei. Bevor ein Entscheid von betreffender Stelle in Berlin eingegangen ist, kann natürlich nichts weiter geschehen; (1) es liegt demnach die Sache so, daß die preussische Regierung den freiwilligen Darlehen von 1864 wenigstens einen Theil ihres Darlehens schuldet. (2) Das Entgegenkommen des Herzogs ist zweifellos und so wird die Sache, da man hofft, daß die Regierung auch das Ihrige thun werde, erledigt werden.

Hierzu bemerkt die „Post“: Politische Aberglauben von dieser Seite her sind und nicht neu; aber diese neue Vorstellung einseitiger Unverschämtheit übersteigt alles Dagewesene. Die preussische Regierung soll also verpflichtet sein, die Schulden zu bezahlen, welche ein sich als Prätendent gerirender preussischer Untertan gemacht hat, um im Geheimen gegen Preußen zum Kriege zu rufen. Es scheint, als wenn die Tollheit gewisser Herren nunmehr einen solchen Grad erreicht hat, daß sich allen Ernstes deren Aufnahme in einen sichern Gewahrsam empfiehlt.

Aus Haderleben wurde am 22. März von den Genossen des dortigen Festmahls folgendes Telegramm an Se. Majestät den König abgesandt: „Allergnädigster König und Herr! Nirgends unter den Millionen, welche dem Scepter Ew. Kgl. Majestät unterworfen sind, schlagen die Herzen Ihrer Untertanen treuer, hoffnungs- und vertrauensvoller als in der nördlichen Stadt Ew. Kgl. Majestät Monarchie. Ihrem Gefühl einen Ausdruck zu geben, jubeln die versammelten Offiziere, Beamten, Bürger und Landleute in diesem Augenblicke: Unserem Allergnädigsten geliebten Könige ein recht herzinniges Lebehoch!“

Die Fraction der frei-konservativen Vereinigung beschloß zu Abschnitt III. sämtliche vorliegende Amendements abzulehnen, dagegen in Abschnitt IV. dem von dem Abgeordneten Dr. Lette und Genossen zu Artikel 11 gestellten Antrage: hinter die Worte „die Zustimmung des Bundesrathes“ einzuschalten: „und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages“ zuzustimmen.

Der „Gazeta Torunska“ zufolge hat sich die polnische Fraction des Reichstages nach längern Debatten, die sich mehrere Tage hinzogen, dahin entschieden, nach Anbringung des bekannten Protestes doch im Reichstoge zu verbleiben und an den Verhandlungen desselben thätigen Antheil zu nehmen. Mehrere Mitglieder derselben haben einen kurzen Urlaub zu einer Reise in die Heimath genommen.

(B. B. Z.) Wie wir vernehmen, arbeitet man gegenwärtig im Handelsministerium den Gesetzentwurf über die Portoherabsetzung um, der in der letzten Session des Landtages abgelehnt wurde. Das Ministerium soll nunmehr auf das Bedenken der Landesvertretung eingegangen sein, die zugestandenem einzelnen

Portoherabsetzungen wieder durch anderseitige Erhöhungen abzuschwächen, und von diesem Standpunkt aus die Umarbeitung erfolgen.

Wiederholentlich verlautet, die Regierung werde wahrscheinlich eine siebenjährige Uebergangszeit für den Militär-Etat beantragen. — Gestern beschloß die national-liberale Fraction, für den Antrag der Linken zu stimmen, daß nicht zu Worte gekommene Amendementsteller nach dem Diskussionschlusse noch für fünf Minuten das Wort erhalten.

Haderleben, 23. März. Die „N. A. Ztg.“ meldet: Wie verlautet, ist die Ordre hier angelangt, die jungen Leute, die sich nach Dänemark begeben haben, um nicht als preussische Soldaten zu dienen, und die nach der stattgehabten Aushebung wieder hierher gekommen sind, binnen 24 Stunden in ihre neue Heimath zu verweisen. — Zum einjährigen Freiwilligendienst haben sich aus dem Amte Haderleben bereits 25 Militärpflichtige gemeldet; nicht wenige von denselben haben, meist in der Stadt Haderleben selbst, theils bei den Dragonern, theils bei dem 25. Infanterie-Regiment, ihren Dienst bereits angetreten.

Frankfurt a. M., 24. März. Ueber die Resultate der Abrechnung der bei der Bundesliquidation theilgenommenen deutschen Staaten erfährt man, daß das Aktiv-Vermögen des Bundes in Baarbeständen (bei Rothschild), nach Abzug der Kapitalbeträge für die Pensionirung der Bundesbeamten, sich auf über vier Millionen Gulden beläuft; dazu kommen etwa fünf Millionen Gulden an liquiden Forderungen an verschiedene Bundesstaaten, und es gehen davon ab als Schulden, die theils an einzelne Staaten, theils an Private zu bezahlen sind, ca. drei Millionen Gulden. Es sind bei diesen summarischen Angaben verschiedene bedeutende Forderungen, die möglicherweise ganz oder theilweise aus der Liquidation wegsallen, außer Anschlag gelassen, so die österreichische Forderung von acht Millionen für die holsteinische Exekution von 1850, die bairische für die kurhessische Exekution mit ca. 1¼ Million. Das Material der Bundesfestungen soll etwa fünfzehn Millionen werth sein; ob dasselbe zur Aktivmasse kommen werde, ist noch nicht festgestellt.

Dresden, 22. März. Gestern Abend fand hier unter dem Vorsitze des Advokaten Judeich eine Versammlung der freisinnig-deutschen Partei statt, welche sehr zahlreich besucht war und bekundete, daß auch die Dresdner Welt bereit ist, ihre politische Meinung zu vertreten. Die Nacht der großen Idee des norddeutschen Bundes beherzichte die Versammlung und eine vom Comité vorgeschlagene Petition an den Reichstag wurde einstimmig angenommen. Das Petition lautet: „Der hohe Reichstag wolle für den künftigen Reichstag des norddeutschen Bundes das volle Ausgabe- und Einnahme-Bewilligungsgesetz und die Mitwirkung zur Gesetzgebung in allen Bundesangelegenheiten, somit auch im Militär- und Marinewesen, ebenso wie die Verantwortlichkeit der obersten Organe der Bundesexekutive als die notwendigsten freiheitlichen Garantien der zu begründenden Verfassung vindiciren.“

Leipzig, 23. März. Die Prinzen Karl und Heinrich von Hanau (Söhne des Kurfürsten von Hessen) sind zum Besuche der hiesigen Universität (auf zwei Semester) hier eingetroffen.

Sondershausen, 21. März. Im Auftrage des Fürsten wurde heute der Landtag durch den Minister v. Keyser eröffnet. Die Vorlage über den Bau einer Eisenbahn von Nordhausen über Sondershausen nach Esfurt wurde einer besonderen Deputation überwiesen. Eingbracht wurden zwei Interpellationen des Abg. Rechtsanwalts Bärwinkel, betreffend 1) den Abschluß einer Militär-Konvention mit Preußen, 2) die Wahl des hiesigen Reichstags-Abgeordneten.

Stuttgart, 24. März. Der heutige „Staatsanzeiger“ veröffentlicht nun auch den Wortlaut des Bündnisvertrages zwischen Württemberg und der Krone Preußen, welcher am 17. August, also vor den Verträgen von Baiern und Baden, abgeschlossen wurde. Ich kann Sie versichern, daß der Eindruck, welchen das Bekanntwerden der Allianz-Verträge zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen hervorgerufen hat, im Allgemeinen als ein ganz befriedigender bezeichnet werden kann; unsere unklare und unsichere Lage ist nunmehr beseitigt, für die Erhaltung des Friedens ist eine bessere Bürgschaft gegeben. Auch die Unterordnung der Truppen der süddeutschen Staaten unter das Ober-Kommando Preußens im Fall eines Krieges unterliegt von keiner Seite einer Beanstandung; denn man erinnert sich noch zu sehr der kläglich Situation unserer zusammengewürfelten Bundes-Armee, die ohne inneren Zusammenhang, ohne festes Kommando, ohne einheitlichen Plan nichts Anderes darbot, als das verjüngte Bild einer der alten Reichs-Armeen; man fühlt daher auch, daß die erste Bedingung des Sieges eine energische, selbstbewusste Führung ist, die nur stattfinden kann, wenn ein Großstaat die Zügel führt.

Ausland.

Wien, 24. März, Nachm. England verweigert jede Theilnahme an einem gemeinsamen Schritte wegen Candias, weshalb derselbe unterbleibt. Die Einberufung des Reichsraths wird zum 28. April erwartet.

Wesib, 24. März. Se. M. der Kaiser hat die Herrschaft Göddöls als Sommer-Nestbezug angekauft. (Göddöls war eine Baron Sina'sche Herrschaft und jetzt Eigenthum des belgischen Credit Foncier.) — In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer zeigte der Finanzminister Lonyay an, daß die Herrschaft Göddöls für Se. Majestät angekauft wurde. Das Haus nahm diese Mittheilung mit Enthusiasmus auf. Der Kaufschilling beträgt 1,800,000 Gulden öfter. Währung in Banknoten. Der Kauf, welcher mit Allerhöchster Bewilligung gestern abgeschlossen wurde, ist zu Gunsten der ungarischen Krone geschehen, und wird seiner Zeit in das Gesetzbuch eingetragen werden.

Triest, 25. März, Mittags. Der fällige Lloyd-Dampfer „Austria“ ist mit der ostindischen Ueberlandspost heute Vormittag aus Alexandria hier eingetroffen.

Paris, 23. März. Man redet von einer Kundgebung des Kaisers an die Nation, um nach vor dem Beginne der Weltausstellung die Gemüther zu beschwichtigen. Angeblich hat der Kaiser die Absicht wieder aufgenommen, die Ausstellung in Person zu eröffnen; der Generalkommissar Le Play wurde gestern in die Tuilerien beschieden, um über den Fortschritt der Arbeiten im Ausstellungsgebäude zu berichten. Die Eröffnungsrede würde dann dem Kaiser Gelegenheit bieten, manche drohende Wolke zu verschweigen. — Der Kaiserliche Prinz befindet sich besser. Sein neuer Gouverneur, General Frossard, erklärte, wie man der „Kön. Ztg.“ schreibt, rundweg dem Kaiser und der Kaiserin, daß man das Erziehungs-System des Prinzen kategorisch ändern müsse. Vor allen Dingen dürfe er keine Süßigkeiten mehr, sondern nur gesunde Nahrungsmittel erhalten. — Die „France“ eifert heute gegen die falschen Nachrichten über Luxemburg, wozu auch sie ihr Kontingent gestellt hatte, und erklärt, daß zur Zeit in Bezug auf Luxemburg „keine Kombination und keine Negotiation, welche andere Mächte interessiren könnte, im Gange ist.“

Florenz, 22. März. In der Thronrede des Königs hat in dem Abfage, wo es heißt „die Bedürfnisse und Verpflichtungen des Staates“, dem Passus „aber strenge Sparsamkeit“ Folgendes vorauszugehen: „Aber in Erwartung einer gerechten Liquidation des Reichengutes werden strenge Sparsamkeit und die wachsame Anwendung der neuen Gesetze.“

Madrid, 22. März. Ein Königl. Dekret, betreffend die öffentliche Ordnung, erklärt an Gesetzeskraft bis zur Einbringung in der Kammer, daß im Falle einer Emute verdächtige Individuen nach den von der Regierung bezeichneten Orten deportirt werden können. Die Fremden müssen im Besitze von Dokumenten sein, welche ihre Identität konstatiren, widrigenfalls sie verhaftet werden.

Stockholm, 18. März. Die dänische „Rigetid.“ bringt unterm 20. d. Mts. ein Telegramm aus Stockholm, wonach der Minister des Aeußern, Graf Manderström, in der Ersten Kammer die eingebrachte Interpellation des Freiherrn Raab ungefähr folgendermaßen beantwortet haben soll: In Uebereinstimmung mit den in der Thronrede gemachten Aeußerungen wird Schweden sich nicht in die europäischen Verhältnisse, von denen einige sehr bedenklicher Natur sind, einmischen. In Betreff Schwedens hoffe er den Frieden bewahren zu können, und stützt diese Hoffnung auf die geographische Lage der vereinigten Reiche. Indessen wäre es wichtig, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, weshalb eine Vermehrung der eigenen Kräfte anzurathen sei, um sich auf dieselben stützen zu können. Der diplomatische Schriftwechsel gäbe keinen Anlaß zur Unruhe und der Inhalt desselben wäre nicht von allgemeinem Interesse.

Newyork, 12. März. Da die Neger in Williamsburg, Virginiten, sich widerspätlich zeigen, ist Militär requirirt worden. Suarez notifizirte den fremden Mächten, ihre bisherigen mexikanischen Gesandtschaften abzuändern.

Pommern.

Stettin, 26. März. Morgen Vormittag um 10 Uhr wird unter Anwesenheit des Herrn Oberpräsidenten sowie von Mitgliedern der Städtischen und der Polizeibehörde die Entleerung der Latrine im Armenhause in der Kirchgasse mittelst der sogenannten Refowskischen Maschine bewirkt werden. Die Entleerung geschieht mittelst einer Luftpumpe, welche die Exkremente durch Schläuche in dicht verschlossene Tonnen befördert und wird bei derselben jeder üble Geruch selbst in nächster Nähe gänzlich vermieden. Von dem Ausfalle dieser Probe wird eine weitere Entschliebung über die Zweckmäßigkeit der Einführung des Reinigungssystems hiersebst, für das in Berlin bereits eine besondere Gesellschaft besteht, abhängig bleiben.

Dem Verzeichnisse von Verleihungen des Louise-Ordens wird alsbald ein zweites folgen, welches diejenigen Damen aufzählt, die zwar nicht diesen Orden selbst, wohl aber die Schleife zu demselben erhalten haben.

Der Königl. Bau-Inspektor Baensch in Stralsund ist zum Königl. Ober-Bau-Inspektor ernannt und als solcher bei der Königl. Regierung zu Coblenz angestellt worden.

Zu der gestern beendeten Frühjahrsprüfung für Schiffer und Steuerleute in der Navigationschule zu Grabow hatten sich 37 Kandidaten gemeldet. Es bestanden 28 die Prüfung als Schiffer 1. Klasse, 4 als Schiffe 2. Klasse, 3 als Steuermann 1. Klasse, und wurden 2 zurückgewiesen.

In der vergangenen Nacht wurde wiederum in dem Guts- hause zu Kemitz ein Einbruch versucht und war es diesmal auf die Wäsche abgesehen, welche sich in der dortigen Wäschkammer befand. Der Versuch ist indessen, weil die Diebe bei der Ausführung ihres Vorhabens gestört wurden, misslungen.

Heute Vormittag wurde ein Einwohner aus Pölitz und dessen hier wohnhafter bereits mit Zuchthaus bestraffter Sohn verhaftet. Beide hatten in der letzten Nacht im Dorfe Mandelkow drei Hammel gestohlen und heute früh versucht, dieselben in Züllschow zu verkaufen. Der erste Verdacht des Diebstahls wurde dadurch verstärkt, daß beide Personen angaben, mit den Hammeln von Pölitz zu kommen, wogegen sofort erwiesen wurde, daß sie kurz vorher erst mit ihrer Beute Bredow passirt hatten. Später räumten sie die Verübung des Diebstahls ein.

In Folge einer Feuermeldung rückte die Feuerweh'r heute Mittag um 1 Uhr nach dem Hause Pelzerstr. 14 aus. Die Meldung erwies sich indessen als unrichtig und war dieselbe lediglich durch einen bedeutenden Dampf, welcher den Kellerfenstern jenes Hauses entströmte, und von einem eisernen Ofen herrührte, entstanden.

Stettin, 26. März. Die gestrige Wählerversammlung im Schützenhause wurde von dem durch Klammation zum Vorkommenden gewählten Kaufmann Herrn Reimarus, welcher die Herren Banddirektor Hindersin und Buchbindermeister Müller zu Beisitzern ernannte, mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Er wies in derselben darauf hin, daß die Befriedigung, welche die hier vor etwa 7 Wochen gehörte Michaelis'sche Rede hervorgerufen, jedenfalls dazu beigetragen habe, Herrn Michaelis zum Siege zu verhelfen und daß die nächste Aufgabe der national-liberalen Partei

darin bestehe, diesen Sieg bei der Erstagwahl am 29. d. Mts. zu behaupten. Das Comité jener Partei habe sich, von dem Grund- sache geleitet, daß es eine Reihe der besten Männer als Kandidaten aufstellen müsse, namentlich mit den Herren v. Jordanbeck, Köppl-Danzig, Regid-Hamburg und Prince-Smith in Verbindung gesetzt; von einer größeren Versammlung sei nun nach kurzer De- batte lehtgedachter den Wählern bereits aus seiner literarischen und parlamentarischen Thätigkeit sowie auch sonst persönlich be- kannte Herr einstimmig acceptirt. — Herr Prince-Smith, zum Worte vertrittet, erklärte etwa Folgendes: Das Wahl-Comité der national-liberalen Partei habe ihm das Versprechen gegeben, ihn als Kandidaten zu empfehlen und spreche er demselben hierfür so- wie für die Ehre, zu der Versammlung sprechen zu können, seinen Dank aus. Er sei erschienen, um zu werden für die Stimmen bei der bevorstehenden Erstagwahl zum „Reichstag des norddeutschen Bundes.“ Letzteres sei ein schöner Titel, nur etwas zu lang, er hätte lieber gewünscht, das die spezielle Bezeichnung „nord“ und auch diejenige „Bund“ fortgelassen und einfach die Bezeichnung „Parlament des deutschen Reiches“ gewählt worden wäre. Das in dem jetzt vorgelegten Verfassungsentwurf Gebotene sei zwar nicht das höchste Ziel der Wünsche, das Streben der Geister gebe viel- mehr auf die Bildung eines ganzen einigen Deutschlands, aber zum Endziele gelange man nicht mit einem Sprunge und das weitere Fortschreiten der Gegenwart zu jenem Ziele sei schon mit Freuden zu begrüßen. In einem Vergleich der heutigen Lage der Dinge zu derjenigen vor dem Kriege, wies Redner darauf hin, wie die Kräfte von über 40 Millionen Deutscher so lange voll- ständig zersplittert und gelähmt, und kaum von Einfluß auf die Regulirung europäischer Fragen gewesen seien. Jetzt wenigstens wäre die gesammte Militärkraft Deutschlands von der Ostsee bis zu den Alpen geeinigt und Deutschland, durch Preußen gestärkt, so mächtig, daß es keine auswärtige Macht zu fürchten habe; auch erkenne das Ausland sehr wohl, daß der siebenjährige Feldzug in Böhmen für die Konsolidirung der deutschen Verhältnisse weit mehr, als der vieljährige napoleonische Feldzug zu Wege gebracht. Diese militärische Einigung genüge indessen noch nicht; die Größe der Stellung, welche Deutschland so plötzlich eingenommen, würde zu Angriffen führen, deren Probe nur eine vollständige „staatsbürgerliche und politische Einigung Deutschlands unter freier Verfassung“ bestehen könne. Er freue sich, bei dieser Gelegenheit aus sicherer Quelle die Mittheilung machen zu können, daß Verträge mit Baiern, Württemberg und Baden wegen ihrer Aufnahme in den norddeutschen Bund schon vollständig fertig seien und sofort nach Brendigung des Verfassungswerkes publizirt werden würden; wir würden dann also einen wirklich „deutschen Bund“ haben und exi- stire die Mainlinie schon heute faktisch nicht mehr.

Hiermächst näher auf die einzelnen Bestimmungen des Ent- wurfes zur Reichsverfassung eingehend, bemerkte Redner u. A., wie man bei näherer Betrachtung erkenne, daß die Unbestimmtheit der Organisationsfragen nur ihren Grund in dem unsernigen Bundes- staat hätten. Erhebliche Einwendungen seien allerdings namentlich in Betreff des Militärbudgets zu machen. Daß die militärischen Ausgaben auf zehn Jahre hinaus in Pausch und Bogen bewilligt werden sollten, könne allerdings der auch am allerwenigsten vorge- schrittene Konstitutionelle nicht genehmigen. Die Bewilligung und Kontrolle des Militäretats seitens des Reichstages sei vielmehr unbedingt notwendig und nach den Erklärungen des Ministerprä- sidenten v. Bismarck anzunehmen, daß dies konstitutionelle Budget- recht auch wohl eingeräumt werde. Geschehe dies, so könnte man sich wohl zur Bewilligung eines Pauschquantums für die ersten drei Jahre verstehen. Er erachte dies sogar aus verschiedenen prak- tischen Gründen für zweckmäßig, namentlich auch schon deshalb, weil bei der Neugestaltung des gesammten Militärwesens Deutsch- lands in den nächsten Jahren manches transitorisch und vorüber- gehend bewilligt werden müsse, in Betreff dessen eine öffentliche Darlegung im Reichstage unthunlich erscheine. Werde eine Ver- ständigung über das Budgetrecht des Reichstages erzielt, so glaube er auch nicht, daß das Einigungswerk an irgend einem anderen Punkte scheitern, und für den Fall seiner Wahl werde er nach Kräften dazu beitragen, jenes Werk zu fördern. Es biete sich jetzt eine Gelegenheit, nach der wir uns lange vergeblich geseht und die schwerlich wiederkehre, wenn wir es jetzt versäumen, ein frei- gewähltes jährlich zusammentretendes Parlament fest zu gründen und eine vollständige Einigung über die nationalen Interessen her- beizuführen. Er warne dringend vor dem Fehler des früheren Par- laments, sich bei der Berathung sogen. Grundrechte aufzuhalten und dadurch wie jenes schließlich die Erreichung der Hauptzwecke in Frage zu stellen. Redner schloß mit den Worten: „Schaffen wir ein dauerndes Parlament und überlassen es diesem alsdann, das Wei- tere zu schaffen.“

In dem hierauf folgenden längeren Vortrage des Herrn Dr. Wolff ging derselbe namentlich speziell auf die hier in den bei- den liberalen Fraktionen bestehenden Gegensätze ein und kam zu dem Resultate, daß er, so sehr er auch persönlich einer Einigung zugehe, doch einsehe, wie eine solche augenblicklich nicht möglich sei. Die Gegensätze wären einmal vorhanden, in der Hauptsache aber fänden die Parteien sich schließlich doch wieder zusammen, wie die Vergangenheit denn ja auch schon bewiesen habe, daß sogar zwischen den Liberalen und Konserverativen keine durchaus unaus- füllbare Kluft existire. Die national-liberale Partei habe sich schon jetzt gerade in dem Sinne, wie der Abg. Michaelis sich dieselbe gedacht, und wie er deren Bildung erstrebt, im Reichstage zur ent- schiedenen Geltung gebracht, und es sei wohl unzweifelhaft, daß die Entscheidung der Fragen daselbst wesentlich mit von jener Partei abhängen. Es käme deshalb auch darauf an, die Position festzu- halten, welche die Partei bei der Michaelis'schen Wahl gewonnen habe und empfehle er deshalb die Kandidatur des Hrn. Prince- Smith. — Die Versammlung schloß, wie bereits erwähnt, mit einem Dank an den letzteren für sein Erscheinen hiersebst und den ge- haltenen Vortrag.

* **Uelam, 25. März.** Heute Nachmittag durchlief ein toller Hund die Straßen unserer Stadt, bis mehrere andere Hunde, wurde aber sammt den Gebissenen von dem Scharfrichter einge- fangen und getödtet.

Stralsund, 25. März. Am 20. d. M., Nachmittags, ist auf dem Rittergute Schlagtow das daselbst befindliche alte Wirth- schaftshaus abgebrannt; über die Entstehung des Feuers ist noch nichts Bestimmtes bekannt geworden.

Stadt-Theater.

Zum Benefiz des Herrn Aiström kam gestern die Oper Un- dine von Lorzing zur Aufführung. Sie ist, wie der Titel schon andeutet, eine freie Bearbeitung der Fouqué'schen bekannten Er- zählung, und wenn es auch dieser Bearbeitung an dramatischem Leben so sehr fehlt, daß die durch vier Akte sich hinziehende Hand- lung, namentlich gegen das Ende hin, gerade zu matt erscheint, so ist doch andererseits in der Musik der zarte Hauch erquickender Natur- poesie aus dem Originale gerettet und dafür, daß die über einen so großen Raum vertheilten Schönheiten sich zu keiner Gesamtwir- kung vereinigen, keine gehobene Stimmung hervorrufen können, müssen wir uns zur Entschädigung wenigstens mit den Partial- Eindrücken begnügen, die dem Reichtum ansprechender Melodien und dem Wechsel ernster und komischer Scenen ihren Ursprung ver- danken. Diese Wirkung der Oper war auch in der gestrigen Auf- führung, die durchweg den Charakter einer sorgfältigen und soliden Vorbereitung trug, deutlich zu erkennen. Sämmtliche Darsteller trugen mit anerkennenswerthem Eifer zum Gelingen des Ganzen bei. Herr Aiström (Schildknappe Veit) befriedigte durch Spiel und Gesang, wenngleich in den Duetten mit dem Kapellmeister Hans (Hrn. Koller) die Verschiedenheit der Stimmittel beider Darsteller stark hervortrat. Hr. Hochheimer (Kühleborn) führte seine umfangreiche Partie mit größter Korrektheit und in vortref- lichem Stil aus; auch Fel. Walter (Undine) war in jeder Be- ziehung lobenswerth. Die Chöre genügten diesmal ebenfalls an den meisten Stellen.

Bermischtes.

Als die Preußen im letzten Jahre vor dem Friedens- schlusse den nördlichen Theil von Württemberg besetzt hielten, hatte, nach der „Mainztg.“, auch eine stille Familie in dem kleinen Städt- chen M. ihre Zahl der unwillkommenen Pidelhaubenträger als Ein- quartirung zu beherbergen. Einer der Krieger pflegte bei der friedlichen Beschäftigung des Stiefelpuhens in Ermangelung an- derer Fußbekleidung sich barfuß zu ergehen; das mißfiel der auf Ordnung und Anstand haltenden Hausmutter, und sie stellte des- halb eines Tages dem zum Stiefelpuhens sich Anschließenden ein Paar „ausgetretene“ Pantoffeln, die zwar schon manches Jahr ge- dient hatten, noch aber nicht völlig invalid waren, so geschickt in den Weg, daß das gewünschte Hineinschlüpfen nicht ausblieb. Selbstverständlich wurden dieselben dann auch „au porteur“ über- lassen, als die Steger nach dem Friedensschlusse wieder abzogen. Es stellte sich aber bald heraus, daß für das Gastzimmer der Fa- milie, weil man lieben Besuch erwartete, ein Paar neue Pantof- feln nöthig seien. Heimlich und rasch sorgten dafür die beiden Töchter des Hauses; sie überreichten bei passender Gelegenheit die schön gestickten neuen „Schlaffschuhe“ der Frau Mama mit folgen- den an diese gerichteten schalkhaften Strophen, die Lessing oder Lichtenberg nicht schöner hätte machen können:

„Die Feldherr'n unsern armen achten
Armeekorps kriegten Orden gar,
Woszu? Das steht noch zu betrachten,
Wenn's nicht für's Retiriren war!
Denn Keiner hatte aufzuweisen
Was Du im Stillen ausgedacht:
Du hast den siegenwohnten Preußen
Zwei große Schlappen beigebracht!“

Viehmärkte.

Berlin. Am 25. März c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1717 Stück. Der Handel wurde durch das Export-Ge- schäft nach den Rheinlanden und Hamburg etwas belebter und stellten sich die Preise für Prima-Qualität auf 16—17 \mathcal{M} , Mittel- 12—14 \mathcal{M} , or- dinäre 8—11 \mathcal{M} pro 100 Pfd. Fleischgewicht.

An Schweinen 2983 Stück. Bei diesen bedeutend starken Zutritten war das Geschäft ziemlich lebhaft; seine Mecklenburger Kernwaare wurde vorzugsweise gesucht und mit 17 \mathcal{M} , Mittelwaare mit 12—14 \mathcal{M} pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schafvieh 2615 Stück. Der Handel war sehr flau, Export- Geschäfte fanden nicht statt und konnten die Bestände nicht aufgeräumt werden.

An Kälbern 721 Stück, welche bei lebhaftem Verkehr zu mittelmäßigen Durchschnittspreisen aufgeräumt wurden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 24. März, Vormittags. Angelommene Schiffe: Einkommend: Freundschaft, Bohlten von Bremen. Wind: S. D. Strom ausgehend. Revier 14 F.

24. März, Nachmittags. Colberg (S. D.), Streck von Danzig.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. März. Witterung: schön. Temperatur + 10° R. Wind: S. W.

An der Börse.

Weizen niedriger, loco pr. 85 Pfd. gelber und weißbunter 83—87 \mathcal{M} bez., feiner schwerer 88 \mathcal{M} bez., geringer 72—82 \mathcal{M} bez., 83 bis 85 Pfd. gelber Frühjahr 84½, ½ \mathcal{M} bez., 84¼ \mathcal{M} Gd., Mai-Juni 84½, ½ \mathcal{M} bez. u. Br., Juni-Juli 84 \mathcal{M} bez., 84¼ \mathcal{M} Br. u. Gd., Juli-Aug. 83½ \mathcal{M} bez., Septbr.-Oktober 79¼ \mathcal{M} bez., 79¼ \mathcal{M} Br. Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 53, 55½ \mathcal{M} bez., Frühjahr 53 \mathcal{M} bez. u. Br., Mai-Juni 53 \mathcal{M} bez. u. Gd., Juni-Juli 53½ \mathcal{M} Br., ½ \mathcal{M} bez.

Gerste ohne Umfah. Hafer loco pr. 50 Pfd. 29½—30 \mathcal{M} bez. Rüböl wenig verändert, loco 11 \mathcal{M} Br., April-Mai 10½ \mathcal{M} bez., September-Oktober 11½, ½ \mathcal{M} bez. Spiritus unverändert, loco ohne Faß 16½ \mathcal{M} bez., mit Faß 16¾, ½ \mathcal{M} bez., Fräbi. 16½ \mathcal{M} bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 16¾, ½ \mathcal{M} Br., ½ \mathcal{M} Gd., Juni-Juli 16¾, ½ \mathcal{M} Br.

Hamburg, 25. März. Getreidemarkt. Weizen loco flau, pr. März 5400 Pfd. netto 153 Banknotaler Br., 152¼ \mathcal{M} Gd., pr. Frühjahr 147 \mathcal{M} , 146½ \mathcal{M} Gd. Roggen loco fest, pr. März 5000 Pfd. Brutto 94 \mathcal{M} , 92 \mathcal{M} Gd., pr. Frühjahr 89½ \mathcal{M} Br., 88½ \mathcal{M} Gd. Hafer preishaltend. Del flau, pr. Mai 25, pr. Oktober 26. Spiritus höher, 24 gefordert. Kaffee ver- kauft 4000 Sack Rio loco zu 4¼—5¼. Zim 2000 Str. pr. Frühjahr zu 14 \mathcal{M} . 2½ \mathcal{M} Sch. — Wetter feucht.

Amsterdam, 25. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Roggen ziemlich unverändert. Raps pr. April 66½, pr. Oktober 69½. Rüböl pr. Mai 36¼, pr. Oktober-Dezember 38¾.